

ENGAGIERTE UNTER DRUCK

# Bedroht, aber nicht zum Schweigen gebracht

■ VON JAN KÖNIGSHAUSEN, LAURA MAHLER & CHRISTINA KORAK

**Maboss Johannes Ortmann**

Fachberater bei der Nama Traditional Leaders Association Namibia, Namibia

Menschenrechtsverteidiger\*innen in Namibia arbeiten in einem Umfeld, das trotz demokratischer Stabilität zunehmend unsicher wird. Eine Bedrohung ist die digitale Überwachung: Die verpflichtende SIM-Registrierung mit biometrischen Daten und die Speicherung von Metadaten über fünf Jahre begünstigen staatliche Kontrolle und Selbstzensur. Da ein umfas-



sendes Datenschutzgesetz fehlt, sind Aktivist\*innen außerdem anfällig für Cyberangriffe und Datenmissbrauch.

Frauen und geschlechtsdiverse Aktivist\*innen sind zusätzlich Zielscheiben von Online-Belästigungen, sexualisierter Hassrede und Desinformationskampagnen, vor allem während Wahlen. Auch bei öffentlichen Aktionen berichten Betroffene von Einschüchterung und Schikanen – be-

sonders jene, die Korruption oder patriarchale Strukturen kritisieren.

Rechtlich existiert in Namibia kein spezieller Schutz für Menschenrechtsverteidiger\*innen. Die Verfassung bietet nur begrenzte Absicherung, und deren Umsetzung ist nicht gesichert. Zivilgesellschaftliche Netzwerke wie die APC (Arts Performance Centre) versuchen, mit Schulungen zu digitaler Sicherheit und gendersensiblen Ansätzen gegenzusteuern.

Es sollte verstärkte digitale Sicherheitsmaßnahmen, regelmäßige Risikoanalysen und mehr rechtliche Aufklärung geben. Ohne gezielte Schutzmechanismen und politischen Willen bleibt der Einsatz für Menschenrechte in Namibia mit persönlichen Risiken verbunden.

**María Lucia Perea Ardila**

Rechtsbeauftragte und Führungs person der indigenen Gemeinschaft Fonquetá, Kolumbien

Ich bin indigene Muisca aus der Gemeinschaft Fonquetá und Cerca de Pinetá in Chía, nahe Bogotá. Bei uns ist das Wort Gesetz, und gemeinschaftliche Güter werden wie Land und Wasser geschützt. Als ich im Januar 2024 zur Rechtsbeauftragten unserer Gemeinschaft gewählt wurde, war es meine Aufgabe, die Verwaltung der Jahre zu prüfen und Transparenz zu sichern.

Gemeinsam mit unserer neuen Führung stellten wir schwere Unre gelmäßigkeiten in Projekten und Verträgen aus der Amtszeit der früheren Leitung fest. Wir gewährten Zeit zur Erklärung, doch es gab keine Antwort.

Die Versammlung unserer Gemein-

schaft beschloss daraufhin Sanktionen gemäß unserer indigenen Rechtsprechung. Ehemalige Amtsträger\*innen klagten gegen uns, doch zwei kolumbianische Gerichte bestätigten, dass wir rechtmäßig gehandelt hatten.

Kurz darauf begannen die Bedrohungen: Erst Warnungen, dann



Drohanrufe von anonymen Nummern, Männer mit Waffen vor unserer Tür. Schließlich wurden unsere Haustiere getötet und vor unserem Zuhause abgelegt – ein eindeutiges Zeichen, dass nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder in Gefahr waren. Wir bat ten um Unterstützung, auch bei der Guardia Indígena, doch es gab keine Schutzmöglichkeit. Anzeigen bei staatlichen Stellen schlossen wir aus: In Kolumbien sind Verbindungen zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen dokumentiert, und indigene Führungspersonen werden systematisch bedroht und ermordet.

So mussten wir unser Zuhause verlassen. Wir flüchteten überstürzt,

ohne Abschied, verkauften das Wenige, das wir hatten, und suchten Schutz in Deutschland. Wir erfuhren Solidarität, doch infolge der aktuellen politischen Veränderungen wurde uns kein Asyl gewährt. Ohne Schutzperspektive mussten wir zurückkehren – in ein Umfeld, aus dem wir vor Gewalt geflohen waren. Heute leben wir wieder in Kolumbien, vorsichtig und im Schatten; entschlossen, unsere Kinder zu schützen und unsere Würde zu bewahren. Wir wollten nur, dass die Ressourcen unseres Volkes transparent und gerecht verwaltet werden. Für diesen Grundsatz gaben wir unser Zuhause, unsere Sicherheit und unser unbeschwertes Leben auf. Unsere Wurzeln tragen uns und geben uns Halt – auch im Exil und nach der Rückkehr zurück in die Gefahr.

**Beatriz Bautista**

Juristin und Menschenrechtsverteidigerin, Bolivien

Ich bin Aymara aus dem bolivianischen Hochland und arbeite seit vielen Jahren in der Organisation Qhana Pukara Kurmi, die über hundert indigene Gemeinschaften in Bolivien begleitet. Wir verteidigen unser Land, unser Wasser und unsere kollektiven Rechte gegen zerstörerische Bergbauprojekte von transnationalen Konzernen bis hin



zu lokalen Initiativen. Ein Schwerpunkt ist die juristische Begleitung indigener Gemeinschaften und die Anwendung unseres eigenen Rechtssystems, das in Bolivien der staatlichen Justiz gleichgestellt ist. Seit vielen Jahren unterstützt unsere Organisation Gemeinschaften in diesen Kämpfen und jedes Jahr wächst der Druck.

Unsere Arbeit war friedlich und rechtlich fundiert, aber sie wurde sichtbar – und damit gefährlicher. Bereits 2015 wurden wir wegen unseres Engagements gegen ein italienisches Bergbauunternehmen attackiert; ich selbst wurde damals körperlich verletzt. 2019 griff uns die Regierung öffentlich an, schloss unsere Büros und diffamierte uns, um unsere Arbeit zu delegitimieren.

In diesem Jahr eskalierte die Situation erneut. Wir unterstützten Gemeinden in Viacha, die gegen schwere Umweltverschmutzungen durch hochgiftige Chemikalien protestieren: Quecksilber, Cyanid, Schwefelsäure, die in unsere Flüsse gelangen und letztlich meine Heimat, den Titicacasee, bedrohen. Ein Gericht bestätigte uns die Rechte der betroffenen Gemeinschaften gegenüber den Bergbauunternehmen, doch ungeachtet dieses Urteils griff der Staat nicht ein und schützte uns nicht. Daraufhin begannen die Drohanrufe, Beleidigungen, anonymen Nachrichten. Minenarbeiter\*innen tauchten immer wieder in der Nähe unserer Arbeitsstätte auf, doch die Behörden blieben entgegen den Verpflichtungen aus internationalem Abkommen und nationalen Gesetzen untätig. Wir mussten unsere Büros verlassen, die Schilder abmontieren und uns versteckt halten. Wochenlang konnten wir nicht zurückkehren; Nachbar\*innen warnten uns vor Fremden, die nach uns fragten.

Heute arbeiten wir wieder: vorsichtig, beobachtend, mit Kameras und Fluchtrouten. Angst begleitet uns, aber Schweigen wäre ein Sieg für jene, die unser Land vergiften und unsere Würde angreifen.

Wir verlangen keine Privilegien. Wir fordern Schutz, um unsere Arbeit fortsetzen zu können. Schutz für diejenigen, die unsere Territorien verteidigen und im Einklang mit der Natur leben wollen.

Wer von einer „grünen“ Energie wende spricht, darf nicht wegsehen, wenn die Rohstoffe dafür auf dem Rücken unserer Völker gewonnen werden. Für manche mag die Transformation sauber erscheinen. Für uns bedeutet sie Vertreibung, Gewalt und die reale Gefahr, als indigene Gemeinschaften physisch und kulturell ausgelöscht zu werden.

Wir bleiben. Weil wir Teil dieses Landes sind – und dieses Land Teil von uns ist.

**Stanley Stanis Kaka**

Gewerkschaftsgründer und Menschenrechtsverteidiger, Papua-Neuguinea

Im Porgera-Tal in Papua-Neuguinea befindet sich eine Goldmine, die ursprünglich vom kanadischen Unternehmen Placer Dome betrieben und 2006 an die ebenfalls kanadische Barrick Mining Corporation verkauft wur



de – das größte Goldabbau-Unternehmen der Welt. Früher war ich in der Mine als Labortechniker angestellt, aber aufgrund von Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen gründete ich die Gewerkschaft „Porgera Allied Workers Union“ und wurde deren Vorsitzender. Daraufhin

wurde ich entlassen und mehrfach von Sicherheitskräften und auch Soldaten angegriffen, entführt und gefoltert. Zuletzt gab es sehr konkrete Morddrohungen, sodass ich in ein abgelegenes Dorf floh und schließlich mit Unterstützung aus dem Ausland Papua-Neuguinea verlassen habe. In Porgera selbst gibt es gegenwärtig Kämpfe zwischen verschiedenen Gruppen und die Regierung hat zusätzliche Sicherheitskräfte entsendet, die ohne Rücksicht auf die lokale Bevölkerung schießen. Die Situation ist äußerst angespannt. Ich würde gern wieder in mein Heimatland zurückkehren, aber derzeit wäre selbst ein Aufenthalt in der Hauptstadt Port Moresby sehr gefährlich für mich.

### **Yahya Ekhou**

Autor und Menschenrechtsaktivist, Mauretanien

Mauretanien ist ein isoliertes und stilles Land, ähnlich wie die riesige Wüste, die mehr als 90 Prozent des Landes bedeckt. In dem westafrikanischen Land wird täglich ein Kampf ausgetragen, der nicht mit Waffen, sondern mit



Worten, Prinzipien und unerschütterlicher Entschlossenheit geführt wird. Menschenrechtsaktivist\*innen sehen sich dort zunehmend in Gefahr, wenn sie sich für Religionsfreiheit, Minder-

heitenrechte und die grundlegende Würde von Andersdenkenden einsetzen.

Religiöse Institutionen, das Militär und das Stammesystem arbeiten zusammen, um eine gefestigte Diktatur zu schaffen, die alle vernichtet, die es wagen, zu widersprechen oder Veränderungen zu fordern. Minderheiten, die anderen Religionen oder sogar anderen Glaubensrichtungen des Islam angehören, werden jeglicher Rechte beraubt. Personen und Organisationen, die auf diese Probleme aufmerksam machen, werden unterdrückt.

Mutige Einzelpersonen und Organisationen wie „Liberals Mauritania“ und „Pour une Mauritanie laïque“ setzen sich für die Rechte derjenigen ein, die es wagen, anders zu denken, etablierte Normen in Frage zu stellen oder einfach nur ihren Glauben ohne Angst auszuüben. Jede Kampagne, die wir starten, jede Erklärung, die wir abgeben, trägt die Hoffnungen unzähliger Menschen, die eher aus Notwendigkeit als aus freier Entscheidung schwägen. Unsere Mitglieder werden häufig für Monate oder Jahre ins Gefängnis gebracht, verbunden mit hohen Geldstrafen.

Auf Demonstrationen wurde meine Hinrichtung gefordert und meine Staatsbürgerschaft wurde mir als Strafe und Versuch, mich zum Schweigen zu bringen, entzogen. Das herrschende Regime ist durch meine Teilnahme an internationalen Konferenzen und Veranstaltungen zur Lage in Mauretanien beunruhigt. Ich bin in einem Land aufgewachsen, in dem das Schweigen oft als Tugend gilt, und das Denken als Gefahr. Schon früh habe ich verstanden, dass Worte Gewicht haben, sie können Mauern erschüttern, aber auch Ketten anziehen. In Mauretanien über Wahrheit zu sprechen, über Freiheit, über das Recht, anders zu sein, bedeutet, sich selbst zum Ziel zu machen. Es gibt ein tiefgründiges Zitat der Philosophin Hannah Arendt, das mein Ziel treffend zum Ausdruck bringt. „Das Recht, Rechte zu haben“.

Als Menschenrechtler stehe ich auf der Seite derer, die niemand hört: Minderheiten, Frauen, Menschen, die es wagen, Fragen zu stellen. Ich glau-

be, dass Würde kein Privileg ist, sondern ein universelles Menschenrecht. Doch in den Augen der Mächtigen wurde dieser Glaube zu einer Bedrohung. Ich wurde beobachtet, bedroht und verhaftet. Mein Name stand auf Listen, meine Worte galten als Verrat. Nicht weil ich Hass verbreitete, sondern weil ich Liebe zu Freiheit und Menschlichkeit verteidigte.

Ich erinnere mich an die Nächte, in denen ich im Dunkeln saß und versuchte, den Lärm der Angst zu überhören. Ich wusste: Wenn ich bleibe, verliere ich alles. Wenn ich gehe, verliere ich auch etwas, aber vielleicht gewinne ich die Möglichkeit, zu sprechen. Meine Flucht war kein Akt der Feigheit, sondern des Überlebens. Ich trug keine Koffer voller Dinge, sondern volle Erinnerungen an Stimmen, die verstummt sind, an Träume, die begraben wurden, und an die Hoffnung, dass eines Tages kein Mensch mehr fliehen muss, um frei zu sein.

Heute lebe ich fern von meiner Heimat im Exil, aber mein Engagement kennt keine Grenzen. Ich spreche weiterhin über die, die nicht sprechen können, und schreibe über das, was viele zu vergessen versuchen. Die Entfernung hat meine Stimme nicht leiser gemacht, im Gegenteil, sie hat sie klarer werden lassen. Ich glaube fest daran, dass Freiheit kein Geschenk der Mächtigen ist, sondern das Recht der Schwachen. Und dass kein Gefängnis, keine Drohung, kein Exil eine Idee töten kann, deren Zeit gekommen ist. Ich habe mein Land verlassen, aber die Liebe zu ihm nie verloren. Ich kämpfe weiter für ein Mauretanien und eine Welt, in der niemand Angst haben muss, Mensch zu sein.

### **Olivia Bisa**

Präsidentin der autonomen Regierung der Nation Chapra, Peru

Ich bin Chapra aus dem peruanischen Amazonasgebiet. Unser Land ist unsere Lebensgrundlage: Im Wald finden wir Nahrung, Medizin, Baumaterial und unsere spirituelle Verbindung zur

Welt. Ohne Land sind wir verloren, mit Land leben wir in Würde. Auch wenn wir dafür unser Leben riskieren müssen.

Seit Jahrzehnten verteidigt unser Volk den Regenwald, erst seit 60 Jahren sind wir in ständigem Kontakt mit der Mehrheitsgesellschaft. Noch heute ist unser Territorium fast vollständig intakt. Doch 2022 ereignete sich in unserem Gebiet ein schwerer Ölunfall: Die Pipelines des staatlichen Unternehmens PetroPerú waren marode, es kam zu Lecks. Fische und Tiere star-



Foto: Cuenca Sagradas

ist erschüttert, auch ich musste dies erfahren. Ich bin am Leben, weil ich vorsichtig bin und auf unsere Gemeinschaft vertraue – nicht, weil der Staat mich schützt. Gesetze allein helfen kaum, ein Blatt Papier hält keine Kugel auf.

Wir möchten kein Mitleid, sondern Respekt und wirksame Garantien. Wer von einer nachhaltigen Zukunft spricht, darf nicht schweigen, wenn die dafür abgebauten Rohstoffe unser Leben zerstören. Ich habe jedenfalls noch keinen Minister gesehen, der Öl trinkt oder Gold isst. Doch man erwartet, dass wir mit der Vergiftung unserer Territorien und damit unserer Welt leben.

Ich bleibe hier. Vielleicht wollen sie Olivia zum Schweigen bringen – aber wenn ein Mensch fällt, nehmen viele neue seinen Platz ein. Wir verteidigen das Leben, und das Leben verteidigt uns.

### **Jazmín Romero Epiayú**

Indigene Anführerin und Menschenrechtsverteidigerin, Kolumbien

Ich bin Wayúu aus La Guajira, einer Region, die reich an Ressourcen und zugleich von extremer Armut geprägt ist. Unser Territorium ist nicht nur Land, sondern Heimat, Nahrung, Wasser und Spiritualität.



Seitdem lebe ich in ständiger Unsicherheit. Es gab gezielte Einschüchterungsversuche und Morddrohungen. Unbekannte tauchten nachts vor meinem Haus auf, verfolgten mich. Meine Kinder haben Angst; ein normales Leben oder ein Besuch der Schule ist so nicht mehr möglich. Hinter jeder indigenen Führungsfigur steht eine Familie und manchmal bedeutet ein Einsatz für unser Territorium ein Leben wie unter Hausarrest.

Ich habe Schutz beantragt, doch die Behörden blieben untätig. In meiner Region wurden ein Staatsanwalt und ein Polizist wegen Verbindungen zu illegalen Gruppen abgesetzt. Das Vertrauen in die staatliche Sicherheit

Die Erde zu verteidigen, bedeutet für uns, das Leben zu verteidigen. Seit Jahren beobachte ich, wie Megaprojekte – Kohleminen, Gasförderung, großflächige Windparks – unsere Gemeinschaften verdrängen, unsere Wasserquellen austrocknen und unsere Kultur bedrohen. Viele dieser Projekte werden ohne freie und informierte Zustimmung vorangetrieben. Die Folgen sind Landraub, Hunger, Konflikte in den Familien und eine zunehmende Präsenz bewaffneter Gruppen. Besonders gefährdet sind Frauen, Mädchen und Jugendliche.

Als Führungsfigur spreche ich öffentlich über diese Gewalt und die massenhaften Vertreibungen, die in unserer Region stattfinden. Ich habe die Zwangsräumung zahlreicher Gemeinden dokumentiert und im kolumbianischen Kongress die Rechte meines Volkes verteidigt. Diese Arbeit hat ihren Preis: Seit 2012 lebe ich mit Drohungen, Einschüchterungen und Überwachungen. Unbekannte fotografieren mein Haus, Gruppen bewaffneter Männer tauchen in meiner Nähe auf, und mehrmals wurde auf mein Zuhause geschossen. „Ihre Stunden sind gezählt“, sagte man mir in einem der Drohanrufe. Der Staat gab mir daraufhin eine kugelsichere Weste und ein Telefon – doch kein einziges Mal echte Sicherheit. Heute weiß ich: Die Bedrohung kommt von vielen Seiten, von bewaffneten Gruppen, von Akteuren, die von den Megaprojekten profitieren wollen, und von jenen, die meine feministische und antipatriarchale Arbeit in unserer eigenen Kultur ablehnen. Als Wayúu-Frau verteidige ich nicht nur unser Territorium, sondern auch die Rechte von Frauen und Mädchen. Damit habe ich Machtstrukturen herausgefordert, die tief in unserer Gesellschaft verankert sind. Die spirituelle Verantwortung gegenüber unserem Land ist für mich ein Auftrag. Der Wind, die Wüste, das Wasser – sie sind Teil unseres Lebens. Wenn Unternehmen oder staatliche Stellen versuchen, diese Welt zu zerstören, zerstören sie auch uns. Der Widerstand ist deshalb keine Wahl, sondern ein Gebot unserer Existenz.